



DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

Februar 2022

Solidarität statt Verschwörungsideologien!



Demo am 15. Januar Foto Reinhard Schwandt

Redaktionsschluss für die März-Ausgabe:
Freitag, 25.02.2022

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt:

Trauer um Tilman und Marion	S. 2
Solidarität statt Geschwurbel	S. 3
Redeauszüge	S. 3
Licht im Dunkeln	S. 5
Beschlüsse vom 6.11. und Selbstbezeichnung	S. 9
Eine Strömung wie jede andere?	S. 11
Die LINKE impft in Billstedt	S. 14
Konstruktives Misstrauensvotum	S. 15
Termine / Kontakt	S. 16
Anhang: Einladung zur Trauerfeier	

Wir trauern um Marion und Tilman



In stiller Trauer nehmen wir Abschied von unserem langjährigen Mitarbeiter und Hamburger Par-

teigenossen, der plötzlich und viel zu früh verstorben ist.

In jahrzehntelanger sozialistisch-politischer Arbeit war Tilman ein aktives Mitglied der Partei und der LINKSFRAKTION als Geschäftsführer sowie Mitglied der Bezirksversammlung. Sein Bezirk war Hamburg-Mitte. Dort wurde bei der Konstituierung der Fraktion 2008 der Beschluss gefasst, dass Tilman Geschäftsführer wird. Mehr als 13 Jahre arbeitete Tilman für die Fraktion. Sein Leben und Wirken bestanden entsprechend aus der politischen Tätigkeit für linke Inhalte zu streiten. Im Büro in der Borgfelder Straße konnte man ihn als erfahrenen Mitarbeiter antreffen und von seinen tiefen Kenntnissen und Erfahrungen über linke Theorien lernen. Das Engagement für soziale Gerechtigkeit war eine Konstante in seinem Leben. Lange Zeit engagierte er sich in der Mitarbeit an der Zeitschrift „MitteN Mang.“

Fassungslos haben wir die Nachricht über seinen Tod vernommen und wir sind tief erschüttert, dass er all das, was er noch vorhatte, nun nicht mehr erleben wird. Die Erinnerung an ihn wird aber lebendig bleiben.

Die Beisetzung fand am 26.01.2022 in Vietze, Landkreis Lüchow-Dannenberg im engsten Familien- und Freundeskreis statt.

Wir erweisen dem Verstorbenen gemeinsam die letzte Ehre am 06.02.2022 ab 15 Uhr in der alevitischen Gemeinde (Nobistor 33) in Hamburg.

(Einladung im Anhang)

Marion Fisch

***4.11.1968 - † 16.01.2022**

Mit großer Bestürzung haben wir erfahren, dass unsere liebe Genossin Marion Fisch am 16.01. nach längerer Krankheit verstorben ist.

Marion war seit Gründung der Basisorganisation Horn/Hamm/Borgfelde (BO) in unserer BO aktiv. Sie war immer eine treibende und zuverlässige Kraft, die die BO mit Leben füllte. Wir haben sie stets als solidarisch, engagiert, mitfühlend und humorvoll erlebt.

Besonders lag Marion die Erinnerungsarbeit für NS-Opfer im Stadtteil am Herzen. So haben wir auf ihre Initiative hin die Patenschaft für den Stolperstein übernommen, der an den verfolgten Kommunisten Walter Medau aus Hamm erinnert.



Sehr gerne erinnern wir uns an die vielen Sommerkinos im Hammer Park, die wir über viele Jahre zusammen mit Marion auf die Beine gestellt haben. Auf diesen Veranstaltungen hatten wir gemeinsam viel Spaß und dabei das Zusammengehörigkeitsgefühl genossen.

Marion war tief im Stadtteil Hamm verankert und so war es nur folgerichtig, dass sie über viele Jahre im Regionalausschuss Horn/Hamm/Borgfelde als zugewählte Bürgerin aktiv war. Marion wollte ganz konkret die Lebensbedingungen in unseren Stadtteilen verbessern

(„ja ja das ist viel Klein-Klein“) und dabei gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge einbeziehen. Dabei war es ihr immer wichtig, mit Initiativen im Stadtteil zusammenzuarbeiten.

Marions Tod reißt eine tiefe Lücke und lässt uns fassungslos zurück.

Unser tiefes Mitgefühl gilt ihrem Ehemann Christian.

Für die BO Horn/Hamm/Borgfelde
Sandra Clemens, Alexander Götz,
Harald Singler

Solidarität statt Verschwörungsideologien!

Bis zu 5.000 Menschen (Polizei: 3.500), weit mehr als erwartet, beteiligten sich am 15. Januar an der Demonstration „Solidarität und Aufklärung statt Verschwörungsideologien“. Das Hamburger Bündnis gegen Rechts hatte die Initiative ergriffen, an die 100 Organisationen, Gruppen und Parteien den Aufruf unterstützt. Mit einem eigenen Aufruf war auch der DGB dabei. Sehr gefreut hat mich, dass die Beteiligung der LINKEN an der Demonstration beeindruckend groß war wie lange nicht.



GenossInnen der AG SeniorInnenpolitik auf der Fußgängerbrücke am Dammtor

Obwohl der wachsende Zulauf zu den Demonstrationen der Coronaleugner:innen und Impfgegner:innen, ihre Verschwörungserzählungen und die Tatsache, dass militante Nazis, Reichsbürger:innen und andere Rechte unbeanstandet mitlaufen können, den unmittelbaren Anlass für die Demonstration bildeten, brachten die zahlreichen Redner:innen viele andere Kritikpunkte zur Sprache: an der staatlichen Pandemiepolitik, am Zustand des am Profit orientierten Gesundheitswesens, dem Umgang mit den Impfpatenten, der Verschärfung der sozialen Spaltung ... Etliche Reden können auf der Website des HBGR nachgehört oder -gelesen werden (<https://www.keine-stimme-den-nazis.org>).

In der gemeinsamen Nachbereitung der Demonstration wurde von vielen Teilnehmenden das Interesse artikuliert, sich intensiver mit der staatlichen Coronapolitik und den Auswirkungen der Pandemie auf die soziale Lage weiter Teile der Bevölkerung auseinanderzusetzen und dazu ein inhaltlich breiter aufgestelltes Bündnis aufzubauen. Es wäre sehr zu wünschen, dass eingeleitete Initiativen zu einem solchen dringend erforderlichen Bündnis führen. In diesem Sinne werde ich für die nächste Ausgabe hoffentlich über eine positive Entwicklung berichten können.

Christiane Schneider Fotos von Reinhard Schwandt

Es folgen Auszüge aus den Reden bei der Demo: „Wer mit Nazis marschiert, hat nichts kapiert“

Lange konnte sich die gesellschaftliche Linke nicht auf eine gemeinsame Linie in der Bekämpfung der Pandemie einigen und es gibt bis heute kein Patentrezept. Viele Beiträge, wie eine solidarischere, sozial-gerechte und internationalistische Strategie aussehen könnte, haben wir heute gehört. In zwei Punkten sind wir uns jedoch einig: Die kollektive Verweigerung von Impfungen und der Glaube an Verschwörungsmysmen löst die Krise nicht, sondern verschärft sie. Und wer mit Nazis marschiert, hat nichts kapiert!

Als Hamburger Bündnis gegen Rechts haben wir die Aufmärsche und Kundgebungen der Corona-Leugner*innen von Beginn an beobachtet und unsere Analysen veröffentlicht. Schon im Frühjahr 2020 nahmen NPDler regelmäßig an den Kundgebungen teil. Auch andere Neonazis, rechte Hooligans, Reichsbürger*innen und Q-anon-Gläubige waren von Beginn an dabei. Hinzu kommen ideologische Schnittmengen: Oftmals sind die Verschwörungsmysmen antisemitisch konnotiert. Machen die einen Corona-Leugner*innen Menschen mit jüdischer Herkunft wie Rothschild, Bill Gates oder Gorges Soros, für die Pandemie verantwortlich, so relativieren andere den Holocaust, wenn

sie sich mit gelben Stern auf der Brust als angeblich verfolgte Impfgegner*innen inszenieren.

Von Seiten der Veranstalter*innen der Aufmärsche gab es nie eine organisatorische oder inhaltliche Distanzierung von der extremen Rechten. Sicher, „Nazis raus“-Rufe gab es, doch damit sind meist wir, die Gegendemonstrant*innen gemeint.

Ist diese Entwicklung wirklich so überraschend? Schon seit Jahrzehnten gibt es ein Potenzial von 10 – 20 % rechtsextremistischen Einstellungen in Deutschland. Dieses Potential kommt zu einem guten Teil aus der Mitte der Gesellschaft. In Hamburg wählten vor 20 Jahren knapp 20 Prozent der Menschen die rechtspopulistische Schill-Partei. Zehn Jahre später war es ein Wortführer der honorigen Mitte, ein ehemaliger Finanzsenator, das damalige SPD-Mitglied Thilo Sarrazin, der dem rassistischen Mob Munition lieferte. Bei Schill, Sarrazin, Pegida und den jetzigen Corona-Aufmärschen zeigt sich: Das Problem kommt aus der Mitte der Gesellschaft. Historisch gesehen war der Mittelstand schon einmal bereit mit wehenden Fahnen zum Faschismus überzulaufen. So wie heute viele Menschen aus der Mitte mit Nazis marschieren war es schon einmal - und dafür gibt es einen Begriff: Mitläufer*innen. Es waren die Mitläufer*innen, welche vielleicht kein Parteibuch der NSDAP hatten, aber doch ihre jüdischen und /oder antifaschistischen Nachbar*innen und Kolleg*innen denunzierten. Und es sind Mitläufer*innen, die heute kein Problem damit haben Hetze bis hin zu Mordaufrufen in den sozialen Medien zu verbreiten, Angriffe auf medizinische Einrichtungen zu rechtfertigen oder Überfälle auf Journalist*innen abzufeiern. (...)

Rede des Hamburger Bündnisses gegen Rechts (Auszug)

„Die Klassenzugehörigkeit bestimmt die Schwere der Erkrankung maßgeblich mit“

(...) Corona trifft immer die Ärmsten und Schwächsten am stärksten: - unter den Alten - unter den Erwachsenen - unter den Kindern usw. Das Stichwort dazu ist: gesundheitliche Ungleichheit. So sind auch Vorerkrankungen bereits Ausdruck dieser – letztlich - sozialen - Ungleichheit. Mit anderen Worten : Die Klassenzugehörigkeit bestimmt die Schwere der Erkrankung eben maßgeblich mit. Dass wir Masken tragen, dass wir Abstand halten und uns impfen lassen, machen wir auch, um die Schwächsten zu schützen und ist praktischer Ausdruck unserer Solidarität!

Ein paar Worte zum Thema Impfen. Klar ist: Alle, die können, sollten sich impfen lassen. Hierzulande lassen sich aber Millionen von Menschen aus verschiedensten Gründen nicht impfen, teils aus Unwissen teils aus ideologischen und esoterischen Gründen, aber immer aus Angst, etwas falsch zu machen. Während sich hier also viele nicht impfen lassen, besteht die Bundesregierung zugleich darauf, die Patente auf die Impfstoffe

beizubehalten, und entzieht damit der Weltgemeinschaft den Zugang zu sehr erfolgreichen Impfstoffen. Wir fordern weiterhin: Die Impfstoffe, die Technologie der Produktion und das Know How der Impfstoffe müssen weltweit zugänglich gemacht werden. Impfstoffe dürfen nicht wenigen gehören, um Profite zu erzeugen, sondern die Impfstoffe müssen den Menschen gehören - so wie die Luft zum Atmen auch allen gehört! Internationale Solidarität muss praktisch werden, daher fordern wir: Gebt die Patente frei!



Demoteilnehmerin, Foto Reinhard Schwandt

Hierzulande fordern wir die Abkehr von einem profitorientierten Gesundheitswesen in den Praxen und Krankenhäusern. Die Pandemie hat gezeigt: Gesundheitsversorgung ist eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe und muss sich am Bedarf orientieren. Sie darf zukünftig nicht mehr missbraucht werden, um Gewinne zu erzielen. Es werden mehr Personal und bessere Arbeitsbedingungen gebraucht

Zuletzt noch ein paar Worte direkt an euch: So viele Menschen haben die Anstrengungen und Zumutungen, die diese Pandemie mit sich gebracht hat, auf sich genommen und Menschlichkeit und Solidarität bewiesen. Dafür möchte ich mich an dieser Stelle bei euch allen herzlich bedanken
Ihr macht die Welt mit eurem Verhalten zu einer besseren Welt DANKE

Rede (Auszug) von Kai-Uwe Helmers, Verein demokratischer Ärzt:innen. Kai-Uwe Helmers ist auch Mitglied der LINKEN und der LAG Gesundheitspolitik

"Licht im Dunkeln" Erster Jahrestag des UN-Atomwaffenverbotsvertrags

Mitten in Mitte, am Rathausmarkt an der „Barlach-Stele“, wurde am 22. Januar das einjährige Jubiläum des Atomwaffenverbotsvertrag gedacht und gefeiert. Bei etwa 100 Teilnehmenden und einer stimmungsvollen Kerzeninstallation sprach Jo-



hanna Göhring von ICAN Hamburg zu der gefährlichen Unsinnigkeit der Abschreckungsdoktrin und dem Opportunismus der Regierenden auch hierzulande. Die Schauspielerin Sachiko Hara verlas die bewegende Rede der Hiroshima-Überlebenden Setsuko Thorlow bei der Nobelpreisverleihung an ICAN 2017 und sang ein Klage lied.

Angesichts der Hetze gegen China und Russland, der Verlegung weiterer US-amerikanischer Truppen nach Europa und des Kriegsgeschreis auch vieler hiesiger Medien war das eine wichtige Manifestation der Vernunft für Abrüstung und Entspannungspolitik, die in der ganzen Bundesrepublik begangen wurde. Insbesondere soll damit die Bundesregierung unter Druck gesetzt werden, keine neuen Atombomber anzuschaffen und damit die atomare Teilhabe fortzuschreiben, sondern stattdessen die Atombomben aus Büchel zu verbannen und dem Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten.

Seit dem Inkrafttreten 2021 haben 86 Staaten den Verbotsvertrag unterzeichnet und 59 Staaten haben ihn ratifiziert, davon keine der Atommächte. Neben Norwegen will nun auch die BRD als "Beobachter" den Prozess begleiten und an der ersten Konferenz zum Atomwaffenverbotsvertrag im März 2022 in Wien teilnehmen – ein Teilerfolg der Friedensbewegung, auf den aufzubauen ist. Auch hier sollten wir als Friedenpartei weiter dafür wirken, dass Hamburg als Unterzeichnerin des „Städteappells“ und Mitglied der "Mayors for Peace" aktiv(er) wird für den Beitritt der BRD zu diesem Vertrag als Anfang vom Ende aller Atomwaffen.

Gunhild Berdal

Jetzt erst recht: Opposition für Frieden und soziale Umverteilung!

Arbeitsprogramm DIE LINKE Hamburg-Mitte 2021 bis 2023 (Beschluss vom 6.11.21)

„Hamburg!

Das ist mehr als ein Haufen Steine, Dächer, Fenster, Tapeten, Betten, Straßen, Brücken und Laternen. Das ist mehr als Fabrikschornsteine und Autogetuße - mehr als Mówengelächter, Straßenbahnschrei und das Donnern der Eisenbahnen - das ist mehr als Schiffssirenen, kreischende Kräne, Flüche und Tanzmusik - oh, das ist unendlich viel mehr.

Das ist unser Wille zu sein.“

Wolfgang Borchert: „Hamburg“, 1946

Das prokapitalistische, marktradikale Kartell in Wirtschaft und Politik hat die verheerenden Folgen gesundheitlichen und sozialen Folgen der Corona-Pandemie nicht verhindern können und seine Unfähigkeit zur Lösung der großen Menschheitsprobleme einmal mehr bewiesen. Eine „Ampel“-Regierung wird daran nichts ändern, sondern - im Gegenteil - mit seiner Modernisierung eines grün angestrichenen Kapitalismus für eine Zuspitzung gesellschaftlicher Widersprüche sorgen.

Nach dem desaströsen Bundestagswahlergebnis sagen wir: Jetzt erst recht! Sozialer Fortschritt kann nur durch emanzipatorische Bewegung der Vielen gegen die Reichen und Mächtigen und ihre dekadenten Interessen errungen werden. In einer von Profitinteresse befreiten Gesellschaft kommt Gesundheitsversorgung bei Allen an, sind Kriege überwunden, Bildung und Kultur für und durch Alle da, sind Teilhabe und gutes Wohnen nicht nur auf dem Papier Menschenrechte, ist niemand reich, weil andere arm sind, und dient die Wirtschaft dem gesellschaftlichen Bedarf der Menschen. Jetzt erst recht: Wir intensivieren unsere

Aktivitäten, die den Weg zu einer solchen Welt beschreiten, z.B. mit den laufenden Volksinitiativen für eine zivilen Hafen und das Ende der Geschäfte mit Wohneigentum. Gegen die gesteigerte „Jede*r für sich“-Propaganda bei gleichzeitiger Verschärfung der sozialen Ungleichheit wollen wir überzeugen: Raus auf die Straße, rein in solidarische Assoziation und gemeinsam aufbegehrt für soziale und kulturelle Verbesserungen für alle Menschen!

Wir legen den Fokus auf das Außerparlamentarische und das Emanzipatorische. Die gesamte Partei muss zum Zuge kommen.

1. Nur Frieden schafft Frieden - und ein gesundes Klima

Der katastrophale Ausgang des Militäreinsatzes in Afghanistan belegt erneut: Frieden und Demokratie lassen sich nicht herbeibomben, die NATO kann endgültig in das Horror-Museum für steinzeitliches Denken wandern. Während des Corona-Lockdowns wurden die höchsten Rüstungsausgaben der BRD-Geschichte beschlossen, die EU will weitere Milliarden in „militärische Innovation“ stecken. Gleichzeitig wurden im Pariser Klimaabkommen die militärischen Treibhausgasemissionen – obwohl 40 Prozent ausmachend – ausgeklammert. Die CO2-Bepreisung als marktwirtschaftliches Mittel belastet vor allem die ärmere Bevölkerung, ohne dass ein wirksamer Effekt für das Klima damit verbunden ist, weil von CSU bis SPD und Grüne darauf verzichtet wird, den Konzernen klare Vorgaben zu machen. Wir streiten auch daher für Abrüstung und Konversion, weil Militär nichts anderes als Zerstörung bedeutet. Unsere Perspektive ist der Aufbau einer nachhaltigen, zivilen, an den gesellschaftlichen Bedürfnissen ausgerichteten und dafür demokratisierten Wirtschaft!

- Für die notwendige Umwandlung militärischer in zivile Produktion werden wir unsere Arbeit mit Gewerkschaften, Friedensbewegung, Greenpeace, IPPNW, ICAN, WissenschaftlerInnen und Studierendenbewegung ausbauen.

- Wir unterstützen aktiv die Volksinitiative für den Stopp von Rüstungsexporten über den Hamburger Hafen und wollen Atomtransporte durch Hamburg beenden.

- Schiffe müssen im Hafen mit Landstrom versorgt werden, der Verkehr auf die Schiene verlagert und der ÖPNV ausgebaut und kostenfrei angeboten werden.

- Wir wollen zusammen mit unseren Fraktionen erreichen, dass die Bundesrepublik dem UN-Vertrag zum Verbot der Atomwaffen beitrifft und

Hamburg den entsprechenden Bürgerschaftsbeschluss durch eine Bundesratsinitiative umsetzt.

- Die Bundeswehr gehört raus aus Schulen und Hochschulen sowie Arbeitsagenturen und insgesamt aus dem öffentlichen Leben.

2. Soziale Grundrechte erkämpfen - die Reichen müssen für die Krise zahlen!

Obwohl maßgeblich mit öffentlichen Mitteln finanziert, können sich die Aktionäre der privaten Impfstoffhersteller ungehemmt bereichern. Für Gutbetuchte führte die Corona-Politik zynischer Weise zu einem warmem Regen, am stärksten leiden darunter die in ein prekäres Leben gedrängten Menschen. Während Millionen Menschen im Lockdown alleingelassen wurden mit ihren Problemen, wurden 2020 hierzulande 70.000 Menschen neu zu Einkommensmillionären - mehr als das Doppelte der nicht zu akzeptierenden hohen Zahl an Corona-Toten. Dagegen stehen die Grund- und Menschenrechte. Aus der antifaschistischen Geschichte kommend, bilden sie eine emanzipatorische Einheit von Demokratie und Sozialem. Wir nehmen sie wahr, um die Lebensbedingungen für alle Menschen weltweit besser zu machen.

- Wir unterstützen die Proteste im Pflegebereich, engagieren uns für die Rekommunalisierung der Krankenhäuser samt Mitbestimmung der Beschäftigten und Patient:innen und Abschaffung der Fallpauschalen, die Impfstoffpatente müssen freigegeben werden.

- Wir kämpfen für die Überwindung des Hartz-IV-Schikanierungssystems, für eine deftige Vermögenssteuer und für eine soziale Grundsicherung aller.

- Vor allem bedarf es konsequenter Maßnahmen für Vollbeschäftigung. Dazu zählt der gewerkschaftliche Kampf für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich, Demokratisierung in den Betrieben und Behörden und Konversion für strategisch nachhaltiges Produzieren.

- Der Mindestlohn muss deutlich erhöht werden, sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse sowie gewerkschaftliche Rechte müssen für alle ohne Ausnahme gelten. Solidarität zählt!

- Wir unterstützen Proteste für guten Wohnraum für alle. Wir fordern: Leerstand zu Wohnraum, damit kein Mensch wohnungs- oder obdachlos leben muss. Wo profitorientierte Wohnungskonzerne dies verhindern, machen wir Druck für Enteignungen. Der erfolgreiche Volksentscheid „Deutsche Wohnen und Co enteignen“ in Berlin zeigt, was nötig und möglich ist. Wir unterstützen aktiv das Volksbegehren „Keine Profite mit Boden und Miete“.

- Die Schuldenbremse ist eine Investitionsbrem-

se, sie muss fallen. Um die großen Probleme der Gegenwart zu lösen, muss die öffentliche Hand investieren. Schluss mit der Bescheidenheit: Ausbau des Sozialstaates, Beendigung der strukturellen Unterfinanzierung in Kultur, Bildung, Wissenschaft, sozialem Wohnungsbau und nicht zuletzt konsequente Maßnahmen gegen den Klimawandel in Wirtschaft und Infrastruktur.

3. Aktiv gegen rechts

Kein Hartz-IV-Empfänger wird weniger gedemütigt und kein zusätzlicher Arbeitsplatz entsteht, wenn auf der Flucht befindliche Mitmenschen abgeschoben oder im Mittelmeer ermordet werden. Wir kämpfen für soziale Gleichheit und lassen nicht zu, dass Menschen degradiert und gegeneinander aufgehetzt werden.

- Historisches Gedenken für eine bessere Zukunft: Der 8. Mai muss zum Feiertag werden! Wir beteiligen uns an der entsprechenden Initiative und wirken für ein antifaschistisches Museum und Begegnungsstätten im Stadtkern, z.B. im Stadthaus und am Hannoverschen Bahnhof.

- Wir verstetigen die erfolgreichen antifaschistischen Stadtrundgänge, mit denen wir die antifaschistischen Kämpfe zur Beendigung der Barbarei in der Stadt erkunden, um das historische Erbe für eine Welt ohne Krieg und Faschismus bewusst aufzugreifen und fortzusetzen.

- Mit unserem Engagement für Frieden und soziale Gerechtigkeit zielen wir auch auf die Fluchtursachen. Gleichzeitig setzen wir uns für die Wiederherstellung des Asylrechts, den Ausbau des Bleiberechts und das aktive und passive Wahlrecht für alle ein, die hier leben. Das reiche Hamburg muss mehr Geflüchtete aufnehmen (und nicht abschieben!), muss eine solidarische und sichere Stadt für alle sein.

- Wir treten konsequent für das Verbot aller faschistischen Organisationen ein.

- Nach dem schönen Erfolg der Einführung einer „Woche des Gedenkens“ in Hamburg-Mitte muss die Umsetzung, wie in anderen Bezirken, für zivilgesellschaftliche Mitgestaltung geöffnet werden.

- Die NSU-Morde in Hamburg müssen endlich aufgeklärt werden. Der Verfassungsschutz und die anderen Geheimdienste sind strukturell antidemokratisch und rechts - sie müssen aufgelöst werden.

4. Veränderungen beginnen mit Opposition – für eine solidarische Parteikultur

Das Bundestagswahlergebnis der LINKEN ist desaströs. Es hat sich spätestens mit dem schlechten EU-Wahlergebnis 2019 angekündigt, ohne dass die Wahlkampfstrategie geändert worden wäre. Ursächlich für das Wahlergebnis ist,

dass Bundespartei und Fraktionen während der Pandemie zu schwach als VertreterInnen der sozialen Interessen der Bevölkerungsmehrheit und der Grundrechte auftraten. Im offiziellen Wahlkampf wurde jegliche Grundsatzkritik an den herrschenden Verhältnissen vermieden und SPD und Grüne - die Verantwortlichen der Agenda-Politik – hofiert. Damit wurde gegen die Analysen, Positionen und Forderungen des vom Bundesparteitag beschlossenen Wahlprogramms verstoßen. Diese Politik hat sich als nur bedingt fortschrittlich erwiesen und ist gerade deshalb gescheitert. Der Kurs muss geändert werden, dafür bietet das Erfurter Programm mit radikalen Kapitalismusreformen zur strategischen Transformation der Gesellschaft mit dem Ziel des demokratischen Sozialismus geeignete Positionen und Projekte.

Jetzt erst recht heißt: Wir bauen unsere politische Konflikt- und Oppositionsfähigkeit aus. Dafür müssen wir uns qualifizieren und in der Kontroverse angemessene Positionen finden und Vorhaben entwickeln. Partei und Fraktionen müssen daher geöffnet werden und alle Mitglieder sich an der Entwicklung von Standpunkten und Aktivitäten beteiligen können. Nur so können wir Menschen überzeugen, und bewegen: Heraus aus der verordneten Passivität und Bedeutungslosigkeit! Aus Einsamkeit wird Gemeinsamkeit!

- Der Vorstand unterstützt Initiativen der Basis und gemeinsame Verständigung. Mitgliederversammlungen finden monatlich statt. Mit den gemeinsam entwickelten Positionen setzen wir auf Landes- und Bundesebene inhaltliche Impulse und befördern die Demokratisierung und Öffnung der Partei.

- Durch gegenseitige Teilnahme an Sitzungen und Klausuren werden Transparenz und Zusammenarbeit zwischen Partei und Fraktionen verbessert, um gemeinsam parlamentarische und außerparlamentarische Aktivitäten zu starten.. Das Büro in der Borgfelder Straße muss dafür wieder geöffnet und zu einer Anlaufstelle und zu einem lebendigen Ort für Beratungen von GenossInnen und politischen Initiativen werden. Perspektivisch brauchen wir dafür einen größeren Ort.

- Die Redaktion des „MitteNmang“ wird bei der Suche nach neuen Mitstreiter:innen unterstützt.

- Es finden Treffen für Neumitglieder und Interessierte statt. Der Bezirksvorstand prüft die Initiierung eines Bildungsprogramms des Bezirksverbands.

Das „Ende der Geschichte“ war gestern: aus passivem Unmut wird aktiver Widerstand und der solidarische Kampf um die bewusste gemeinsame Verfügung über die gesellschaftlichen Le-

bensbedingungen.

Weitere Beschlüsse der Bezirksmitgliederversammlung vom 06.11.2021

Beschluss auf Antrag der BO Wilhelmsburg/Veddel

Für einen aktiven und bewegungsorientierten Bezirksverband Hamburg-Mitte

Der zukünftige Vorstand wird dazu aufgefordert, sich den Aufbau einer offensiv nach außen auftretenden, aktiven Bewegungspartei zum Ziel zu setzen. Hierzu sind insbesondere folgende Maßnahmen geeignet:

Der Vorstand unterstützt Aktivitäten d. BOs durch Finanzierung von Aktionen. Er regt selbst Aktionen (Kundgebungen, Haustüraktionen, Flyer-Blitze etc.) an und ruft zu solchen auf.

Die Zahl der BMVs und reinen Mitgliederveranstaltungen wird reduziert zugunsten öffentlich beworbener inhaltlicher Veranstaltungen, bevorzugt in Kooperation mit gesellschaftlichen Bewegungen.

BMVs und andere Veranstaltungen sind so zu gestalten, dass alle Mitglieder an ihnen teilnehmen können. Überlange Sitzungen sind zu vermeiden, um werktätige und sorgearbeitende Menschen nicht auszuschließen.

Beschluss auf Antrag des Genossen Andreas Grünwald:

1. Der Bezirksvorstand wird angeregt, in Zusammenarbeit mit den Fraktionen in Bezirksversammlung und Bürgerschaft die Anlaufstellen der LINKEN in Hamburg-Mitte auszubauen und Orte für Parteien zu schaffen.

Beschluss auf Antrag des Genossen Kristian Glaser:

2. Der Bezirksvorstand wird beauftragt, sich für eine gütliche Lösung im Konflikt zwischen dem Geschäftsführer der Bezirksfraktion und der Bezirksfraktion einzusetzen mit dem Ziel eine Kündigung zu verhindern.

Beschluss des Bezirksvorstandes DIE LINKE Hamburg-Mitte

Nach einstimmigem Votum des Mitglieder- und Delegiertentreffens vom 13.01.2022

Die LINKE ist unersetzlich, der Landesparteitag demokratisch notwendig!

Für den 21. und 22. Januar ist der Landesparteitag der LINKEN Hamburg ins Bürgerhaus Wilhelmsburg eingeladen worden. Wir haben Wichtiges zu tun: die Verwirklichung des globalen Rechts auf Gesundheit und damit u.a. die Aufhebung der Impfstoffpatente liegt nicht zuletzt in unserer Hand, hier in der BRD. Dafür brauchen wir eine lebendige und handlungsfähige LINKE. Beim Parteitag stehen die Auswertung der Bundestagswahl, die Diskussion und Beschlussfassung über Aufgaben der Hamburg LINKEN – genauso wie längst überfällige Wahlen – auf der Tagesordnung.

Friedenspolitik und Antifaschismus, das Einstehen für die Grundrechte, internationale Solidarität und das allseitige Engagement für ein besseres gesellschaftliches Leben sind im Zusammenhang mit unserer politischen Initiative zu erwirken.

Dafür ist unser lernendes und kooperatives Zusammenkommen – nicht zuletzt auf dem anberaumten Parteitag – politisch geboten. (Eine Absage ist rundum schädlich.)

Wir sagen deshalb: Die aktuelle tiefe Krise erfordert radikale politische Antworten – und dafür unsere gemeinsame Handlungsfähigkeit, die wir angemessen entwickeln wollen.

Im Bürgerhaus können wir zu diesen Zwecken produktiv unter sicheren Hygienebedingungen tagen!

Wir rufen daher den Landesvorstand dazu auf, die nötige Tagung des Parteitags unverzüglich einzuberufen und für vernünftige Tagungsbedingungen zu sorgen!

Demonstration, Demokratie, Demokatur

Ich bin ein egozentrischer, wissenschafts- und demokratiefeindlicher Verschwörungsideologe. War ja auch an der Zeit, das mal festzustellen! Aber deshalb gleich ein Demo-Aufruf ist schon fast zuviel der Ehre.

Bis Anfang 2020 galt ich als mündiger Bürger: ich bin meinen staatsbürgerlichen Pflichten durch Arbeit, Zahlung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen sowie als ehrenamtlicher Richter am Arbeits- bzw. Landesarbeitsgericht nachgekommen. Ich wurde für hinreichend mündig gehalten an der repräsentativen Demokratie durch Wahlen zu Parlamenten teilzunehmen; durfte also mitwirken. Und dann kam alles anders: ein Virus tauchte auf, die Bundeskanzlerin guckte genauer hin, stellte fest, dass die bislang irrtümlich für mündig gehaltenen BürgerInnen tatsächlich nur unmündige Landeskinder waren, denen sie zeigen musste wo's längs geht. Sollten sie ungezogen sein, so müsste man ihnen auf die Finger klopfen! Dabei hat sie übersehen, dass die Bundeskanzlerin Repräsentantin des Volkes, nicht dessen Erziehungsberechtigte ist, ich keinen Vormund brauche und jüngere Leute noch weiter von der Altersdemenz entfernt sind als ich. Das war aber jetzt genug Polemik! Schluss damit!

Wie der vermutlich größte Teil der Menschen in unserem Lande weiß ich, dass meine Freiheit dort endet, wo die eines anderen beginnt. Deshalb versuche ich nicht, andere Leute zu einem mir genehmen Verhalten zu zwingen. Allerdings erlaube ich mir den Versuch zu unternehmen, sie/ihn gewaltlos von meiner Meinung zu irgendeinem Thema zu überzeugen. Gleichzeitig passe ich mein Verhalten Notwendigkeiten an, die mir erläutert werden und die ich verstehen kann: FFP2-Maske tragen, wo Abstand oder Luftzirkulation nicht möglich sind. Mit anderen Leuten will ich nur dann zusammenkommen wenn die das auch wollen. In Zeiten von Corona erläutere ich ihnen vorher meinen Impfstatus: dreifach imprägniert mit BioNTech. Gleichzeitig sehe ich mich in der Lage, meinen jeweiligen Platz in der Gesellschaft vernünftig (nicht immer fehlerfrei) einzuschätzen und erlaube mir deshalb verschiedene Vorschriften als unsinnig zu betrachten: Bei Wind in der Spitaler Straße eine Maske zu tragen macht keinen Sinn: mehr Lüftung geht nicht. Ebenso unsinnig ist das Betretungsverbot des Elbedeichs im Landkeris Stade für nicht-Stader. Sollte selbstständiges Denken für **egozentrisch** gehalten werden, so bin ich das wohl.

Wissenschaftsfeindlich ist wahrscheinlich ein Mensch, der Wissenschaft für bedeutungslosen

Unsinn hält. Das ist bei mir nicht der Fall. Allerdings meine ich selbst entscheiden zu dürfen, ob ich nur auf die von Regierungen für kompetent befundenen WissenschaftlerInnen hören, oder mir auch noch die Meinung anderer gut ausgebildeter Leute anhören und anschließend selbst abwägen darf, was ich für richtig halte. Ich denke, dass diese Möglichkeit allen Menschen im Lande zugestimmt werden sollte. Falsch ist es auf jeden Fall, zu sagen: ich, RegierungspolitikerIn, entscheide was Wissenschaft ist! Denken wir doch mal an die Atomenergie: da gab es eine ganze Menge WissenschaftlerInnen, die diese Energieform als unproblematisch befürwortet haben und es gab etliche, über viele Jahre seitens der Politik diffamierte WissenschaftlerInnen, die das für falsch hielten. Im Ergebnis hatten Letztere recht, obwohl Sicherheitskräfte uns mit schlagenden Argumenten zu überzeugen versuchten, dass es anders sei. Es gibt also nicht die Wissenschaft, sondern in den verschiedenen Wissenschaftsgebieten durchaus unterschiedliche Meinungen, die aufrichtig gegeneinander abzuwägen sind.



Demokratiefeindlich ist nicht jemand, der die Meinungen wirkmächtiger PolitikerInnen hinterfragt, sondern jemand, der den Souverän missachtet, z.B. durch Geheimhaltung von Informationen, die für letzteren von Bedeutung sind, z.B. in Sachen Ceta, TTIP, PKW-Maut, Cum-Ex, Warburg Bank, Waffenexporte oder der Rolle des Verfassungsschutzes bei den NSU-Morden. Demokratiefeindlich scheinen mir auch Leute zu sein, die meinen, das Grundgesetz sei nur dann anzuwenden, wenn es ihnen opportun erscheint, denn *in keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.* (GG Art. 19 (2)). Als das Grundgesetz wegen der Notstandsgesetze und wegen des Asylrechts geändert wurde, fanden wir das doch nicht so gut? Ist

alles rechtens und damit demokratisch! Weiß ich; frage mich nur, warum dann reihenweise Regelungen seitens unserer PolitikerInnen durch Gerichte kassiert werden, z.B. durch „kleine Richterlein“ die 2G-Vorschrift im niedersächsischen Einzelhandel. Ich erwarte von PolitikerInnen aller Parteien, dass sie mit meinen Grundrechten vorsichtig umgehen und nur Vorschriften erlassen, die wenigstens mit geltendem Recht übereinstimmen. Ist das demokratiefeindlich?

Gucken wir uns **Verschwörungen** an. Wenn Leute lügen, z.B. behaupten, die Sicherheit Deutschlands werde am Hindukusch verteidigt oder Hartz IV solle Menschen die Rückkehr in Arbeit ermöglichen, so handelt es sich dabei möglicherweise um eine Gruppe von Verschwörungsideologen. Ähnliches könnte zutreffen, wenn man empfiehlt, sich gegen Corona impfen zu lassen, weil bereits ungefähr 4 Mrd. Menschen weltweit ohne nennenswerte Nebenwirkungen geimpft worden seien (siehe Neujahrsansprache Bundeskanzler Scholz) ohne zu erwähnen, dass mindestens 1,3 Mrd. in Deutschland nicht anerkannte chinesische



oder russische Impfstoffe erhalten haben, diese Leute in unserem Lande also als ungeimpft gelten. Die meisten von RegierungspolitikerInnen kritisierten Verschwörungsideologien könnten durch aufrichtiges Verhalten ihrerseits beendet werden.

RegierungspolitikerInnen sind nicht schlauer als die WählerInnen, sondern verfügen bisweilen über einen Informationsvorsprung weil sie ihre Kenntnisse von einer Vielzahl gut ausgebildeter BeraterInnen erhalten. Ihre Argumente sollten deshalb besonders ernsthaft in unsere Überlegungen einbezogen werden. Nicht akzeptieren sollten wir jedoch, von ihnen als kleine Dummen behandelt und bevormundet zu werden. In verschiedenen von den Bundesregierungen beim RKI vor Jahren in Auftrag gegebenen Pandemieplänen wird die Bevorratung von Schutzausrüstung gefordert; zu Beginn der Pandemie gab es keine Vorräte. Lange, lange wurde das Tragen

von Alltagsmasken empfohlen. Das Bundesamt für Arzneimittel und Medizinprodukte schreibt zu deren Schutzwirkung *designabhängig; Schutz vor Tröpfchen beim Einatmen, Geschwindigkeit des Atemstroms und Tröpfchen-Auswurf können reduziert werden*; zur FFP2-Maske: *Schutz vor Tröpfchen und Aerosolen*. Also ist die FFP2-Maske das Mittel der Wahl; trage ich auf Empfehlung der Ärztin meines Vertrauens seit März 20. Von Anfang an wurde ein Riesens Bohei um den Schutz der vulnerablen Gruppen gemacht: älter als 70 oder vorerkrankt; die Fürsorge der Regierung bestand in Zuteilung von 15 FFP2-Masken ein dreiviertel Jahr später. Und was war mit der Netto-KassiererIn, die im Gegensatz zu mir ihre Kontakte nur unwesentlich einschränken konnte? FFP2-Masken kosteten anfangs bis zu € 10/Stück. Die Fehlentscheidungen der PolitikerInnen in den ersten Monaten seien selbstverständlich entschuldigt: sie konnten noch nicht wissen, was passieren würde. Die mangelhafte Vorratshaltung von Schutzausrüstung sowie Wucherpreise für verfügbare sind unverzeihlich.

Damit die Bevölkerung – jedenfalls der einsichtige Teil – die Regierung nicht kritisierte gab es Zahlen: bis Mitte Dezember 21 seien über 100 tsd. Menschen in Deutschland an oder mit dem Corona-Virus gestorben; **an** oder **mit**? Zählt dazu auch das infizierte aber symptomfreie Verkehrs-Unfallopfer oder der Mensch der in ähnlichem Zustand an einem Herzinfarkt gestorben ist? Und wie hoch ist eigentlich die Zahl der Menschen zu deren Tod multiresistente Keime geführt haben?

Unsere PolitikerInnen sind nach fast zwei Jahren Pandemie noch immer nicht in der Lage, zutreffende Zahlen zu irgend einer Corona-Auswirkung zu nennen und Entscheidungen auf deren Basis zu treffen. Wenn heute Krankenhauspersonal aller Qualifikationen permanent überfordert ist, so liegt das nicht nur an der hohen Zahl von Corona-Infektionen, sondern insbesondere an der desaströsen Gesundheitspolitik der letzten Jahrzehnte. Spart man zugunsten höherer Gewinne immer wieder Personal ein, so fehlt es irgendwann, z.B. wenn man es braucht. Da gibt es eine einfache marktwirtschaftliche Lösung: Arbeitsbedingungen so lange verbessern, bis genügend Personal da ist. Ich erlaube mir, für den Anfang vorzuschlagen (is ein Traum, klar!): Löhne um 20 % erhöhen bei gleichzeitiger Verringerung der Arbeitszeit um 20 % und unbefristeten Arbeitsverträgen. Davon haben wir heute auch nicht mehr Personal! Stimmt, aber möglicherweise gibt es eine ganze Menge BerufsrückkehrerInnen. Weiterhin dürften uns in etlichen Jahren heutige BerufsanfängerInnen zur Verfügung stehen. Und dem heutigen

Personal wird die Reduzierung der Arbeitszeit zur späteren Verwendung gutgeschrieben, denn aktuell führte eine Verringerung der Arbeitszeit zu noch schlimmerer Personalverknappung. In der Ministerpräsidentenkonferenz am 07.01.22 wurden Quarantänezeiten teilweise verkürzt um die kritische Infrastruktur im Gesundheitswesen, bei Polizei, Feuerwehr ... nicht zu gefährden. Und was haben die Regierungen unseres Landes seit Pandemiebeginn zur Verstärkung der kritischen Infrastruktur unternommen? Nichts, denn Geld wurde ja für Lufthansa gebraucht und 2 % NATO sollen's auch noch sein.

Wieso sollte man zur Unterstützung solcher PolitikerInnen zu einer Demo aufrufen?

Oh Mann, jetzt habe ich fast das Wichtigste vergessen: die Demo geht ja nicht nur gegen ewdV's wie mich, der ich noch nie an einer Querdenker-Demo teilgenommen habe, sondern auch gegen Antisemiten, Neonazis, Reichsbürger und ihre Verwandten. Warum nicht auch gegen Christen, denn die haben ja vor nicht sehr langer Zeit jede Menge Frauen als Hexen verbrannt?

Natürlich bleibt zu fragen, warum diese Leute so stark in den kritisierten Demos vertreten sind? Wenn niemand anders bereit ist, die Bedenken einer großen Zahl von Leuten gegen Handlungen der Regierungen auch nur als diskussionswürdig zu betrachten, dann wanzeln sich eben die Rech-

ten an, die von unseren Regierungen ja bisher meist wohlwollend geduldet wurden, vielleicht sogar werden. Außer den Rechten hat als einziger FDP-Kubicki die Einschränkung der Grundrechte nennenswert problematisiert. Wir, die Linke, haben mal wieder geschlafen – es ist zum Heulen! Und jetzt machen etliche von uns sogar noch den Fehler, die Meinung von 10 Tsd. für bedeutungslos zu erklären. Gut, rechnen wir die Rechten und Co. ab, dann bleiben immer noch neuntausend. Wie würden wir uns freuen, wenn etwa beim Ostermarsch neuntausend Leute auf die Straße gingen und wie würden wir protestieren, wenn die als verschwindend geringe demokratiefeindliche Minderheit bezeichnet würden, bloß weil sie gegen die Militarisierung unseres Landes sind.

So, liebe GenossInnen, solltet ihr nun zu der Auffassung kommen, dass ich ein egozentrischer, wissenschafts- und demokratiefeindlicher Verschwörungsideologe bin, weil ich die Bedenken anderer Leute nicht vom Tisch wische, so solltet Ihr mir die Tür weisen, durch die ich unsere Partei, der ich seit gut 16 Jahren angehöre, verlassen soll. Anderenfalls biete ich mal wieder an, uns beim Kampf für die sozial Schwachen im Lande zu unterstützen – das wäre nämlich unser vornehmster Job.

Gun aus Mümmel

Eingefügte Demofotos: Reinhard Schwand, -red

I. Das Problem Liste Links: Die kulturelle Hegemonie

Eine Strömung wie jede andere?

Die Partei die Linke ist in keinem guten Zustand. Hans Modrow, letzter Ministerpräsident der DDR, forderte jüngst in einem Beitrag in der Zeitung Junge Welt personelle Konsequenzen in der Parteiführung. Der nächste Parteitag sei die letzte Chance für eine Erneuerung. Man muss nicht alles teilen, was Modrow als Alterspräsident sagt, gleichwohl gehört eine „Erneuerung der Partei“ mittlerweile zum Standardvokabular aller Leitungskräfte. Allein die praktischen Schritte lassen zu wünschen übrig. An der viel gerühmten Basis gründen sich vermehrt Grüppchen und Gruppen um dem Lähmungszustand etwas entgegenzusetzen. Problem dabei: Das Gesamtbild der Partei ist nicht (mehr) sichtbar. Die Welt um uns herum befindet sich in einem epochalen Umbruch, besonders die Arbeitswelt steht vor einem Wandel, für den zwingend konkrete Handlungsschritte für eine sozial-ökologische Transformation mit all ihren Widersprüchen, entwickelt werden müssen.

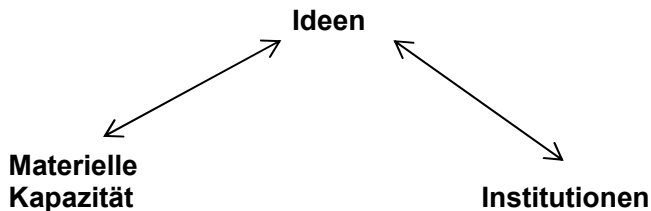
In der Linkspartei gibt es Strömungen und Einzelpersonen, die eine solche politische Richtung aktiv verweigern. Eine besondere Gruppe ist im Bezirk Mitte zu finden. Der folgende Beitrag von Patrick

Walkowiak zeichnet ein Bild dieser Gruppierung aus seiner persönlichen Sicht. -red

Die Hamburger Partei und insbesondere der Bezirksverband Mitte hat ein Problem: Die Liste Links. Jede:r in der Partei kennt diese Organisation. Ihre Schädlichkeit für die Partei wurde nicht nur medial dokumentiert, sondern wird auch in Einzelgesprächen mit Mitgliedern deutlich. Selbst Personen, die sich öffentlich von ihnen unterstützen lassen, kennen die perfiden Methoden und grenzen sich von der Organisation ab, wenn sie persönlich konfrontiert werden.

Dieser Beitrag soll nicht dazu dienen die Liste Links für ihre Organisationsstruktur, ihren Rekrutierungsprozess oder Umgang mit ihren Mitgliedern zu kritisieren. Die sektenähnliche Struktur ist bereits belegt und öffentlich einsehbar. Auch der Umgang mit Mitgliedern kann problemlos observiert werden, wenn man sich etwa die Entwicklung der körperlichen und psychischen Verfassung ihrer Neu-Mitglieder vor Augen führt oder mal wieder jemand zum Vorlesen eines „Redebeitrags“ gedrängt wird. Viel eher soll dieser Artikel der Offenlegung der strukturellen Problematik im Bezirk Mitte dienen.

Als theoretischer Unterbau der Analyse soll der Neogramscianismus dienen, eine Theorie die ihre Anwendung für gewöhnlich in den internationalen Beziehungen findet. Kern der Theorie ist der Begriff der „Kulturellen Hegemonie“, der sich vom klassischen (militärischen) Hegemoniebegriff im Realismus sowie der ökonomischen Hegemonie in der Theorie des Liberalismus unterscheidet. Die kulturelle Hegemonie besteht aus drei Elementen: Materielle Kapazität, Ideen und Institutionen.



Obgleich die Theorie in der Wissenschaft vor allem dazu benutzt wird die Hegemonie von Staaten (z.B. der USA) zu erklären, eignet sich für eine kritische Analyse der bestehenden Verhältnisse im Bezirksverband Mitte. Im Gegensatz zur militärischen oder ökonomischen Hegemonie sieht Gramsci die kulturelle Hegemonie als einen politischen Konsens, was sie jedoch nicht weniger erdrückend und vor allem gefährlich macht. Vor allem die Herausbildung eines „Historischen Blocks“, also eine Beherrschung aller drei Bereiche ist für andere Akteur:innen äußerst nachteilig, wenn nicht gar unterdrückend. Im Folgenden soll anhand der drei Elemente aufgezeigt werden, wie es der Liste Links möglich ist den Bezirksverband zu dominieren, obwohl sie nicht die Mehrzahl der Mitglieder stellt.

1. Ideen

Wie der einem Bezirksvorstand unwürdige Beitrag im Stil eines schlecht geschriebenen Flugblattes in der Dezemberausgabe des Mittemang zeigt, besitzen die Mitglieder der Liste Links das unmittelbare Bedürfnis ihre Sichtweise zu propagieren und Kritiker:innen ihrer Struktur zu denunzieren. Das „Angebot“ des Bezirksvorstandes (bestehend aus vier Mitgliedern der Liste Links) das Mittemang bei der Suche nach weiteren Redakteur:innen zu unterstützen zeigt, dass die Liste Links ein Interesse daran hat ein neutrales Medium zu unterwandern. Es bleibt zu hoffen, dass die Partizipation der Mitglieder in Mitte stark genug ist, um einen direkten Einfluss auf die redaktionellen Arbeiten des Magazins zu verhindern.

Das Hauptmedium für die Verbreitung der Ideen von Liste Links sind jedoch die Bezirksmitgliederversammlungen. Auf diesen erscheinen die Mitglieder der Liste Links immer und sehr zahlreich (siehe 2. Materielle Kapazitäten). Während der BMVs werden die eigenen Ideen in wiederholenden und sich kaum unterscheidenden Redebeiträgen vorgetragen, die zumeist bereits vor den Versammlungen notiert oder auswendig gelernt wurden. Auf Kritik wird emp-

findlich, meist mit mehreren aufeinanderfolgenden Beiträgen und unpassenden historischen Vergleichen geantwortet, sodass einerseits die Chance verwehrt wird eine vernünftige und produktive Diskussion zu führen und andererseits Neumitglieder der Partei eingeschüchtert werden, die noch nicht mit den Methoden und der Organisation von Liste Links vertraut sind. Wer sich dennoch dagegen stellt, wird als Feindbild auserkoren.

Im Wesentlichen verhindert dies neben den Modalitäten der BMVs (zu oft und zu lange, siehe 2. Materielle Kapazitäten), ein offenes Entgegenreten. Dies hat zur Folge, dass die Liste Links im Bezirk Mitte als einzigen Hamburger Bezirksverband toleriert wird. Ehemalige Gegner:innen der Liste Links schweigen deshalb bedauernswerterweise lieber oder bestärken indirekt deren teilweise absurde Positionen, um daraus politisches Kapital zu schlagen und eigene Ziele zu verfolgen (siehe 3. Institutionen). Die letzten BMVs waren anschauliche Beispiele für diese Entwicklungen.

Eine weitere Methode der Liste Links ist die Störung und Verhinderung öffentlicher Sitzungen von Parteiorganen. Dies wird erreicht, indem die prinzipielle eigene Position, ähnlich wie während den BMVs zahlreich wiederholt wird, um dadurch eine themenbezogene Diskussion zu verhindern. Wo Mitglieder der Liste Links in Positionen geraten, in denen sie bei politischen Entscheidungen zumindest beratend mitwirken können, reicht häufig ein Mitglied aus, um den Konsens aller Beteiligten zu stören und eine breite politische Willensbildung zu verhindern. Nicht weniger problematisch ist die strukturelle Unterwanderung von Stadtteilgruppen durch Mitglieder, die zwar nicht im Stadtteil wohnhaft sind, dafür aber die Sitzungen bewusst in die Länge ziehen.

2. Materielle Kapazitäten

Die Liste Links finanziert sich aus zwei Quellen: Parteigelder und Mitgliederbeiträge.

Erstere werden vor allem durch die Jugendorganisation und Studierendenorganisation der Partei, LAGs oder durch die Organisation von Veranstaltungen akquiriert, die nahezu ausschließlich von Mitgliedern der Liste Links besucht werden. Das schont den eigenen Geldbeutel und ermöglicht die Selbstbeschäftigung in größerem Rahmen und die potentielle Gewinnung neuer Mitglieder, was wiederum den politischen Einfluss der Liste Links vergrößert.

Außerdem wird von Mitgliedern der Liste Links nach einer gewissen Zeit erwartet, selbst Mittel bereitzustellen, um die Organisation zu finanzieren. Die Studierenden geben einen Teil ihres Geldes ab, das sie entweder von ihren Eltern zur Verfügung gestellt bekommen oder sich durch Studierendenjobs erarbeiten. Die Liste Links schreckt auch nicht davor

zurück sich das Erbe psychisch angeschlagener Mitglieder unter den Nagel zu reißen.

Leider werden die materiellen Kapazitäten nicht nur dafür verwendet Flugblätter zu finanzieren, die ebenso schnell von Studierenden auf dem Campus entfernt werden, wie sie von Neumitgliedern der Liste Links verteilt werden. Die finanziellen Mittel dienen vor allem dem Zweck, denjenigen Mitgliedern, die ihre Loyalität und unkritische Haltung gegenüber der Ideologie von Liste Links unter Beweis gestellt haben, ein Dauerstudium ohne Arbeit zu ermöglichen.

Durch die Befreiung von „kapitalistischen Zwängen“ sind die langjährigen Mitglieder der Liste Links in der Lage, sich vollkommen den internen „Diskussionen“ und der Vorbereitung von BMVs zu widmen, die als Hauptkanal zur Verbreitung der eigenen Ideen gilt. Sie bereiten die unerfahrenen Mitglieder der Liste Links vor, verfeinern vorgeschriebene Redebeiträge und informieren über die vermeintlichen Positionen politischer Gegner.

Egal ob komplett oder teilweise von den kapitalistischen Zwängen befreit, wird von den Mitgliedern erwartet bei den BMVs anwesend zu sein und vor allem bis zum Ende zu bleiben. Die Enden der BMVs werden dabei durch die hohe Anzahl von Redebeiträgen und Anträgen sowie Diskussionen zur Geschäfts- und Tagesordnung so weit nach hinten versetzt, dass sich Vollzeit-arbeitende Menschen nicht mehr in der Lage fühlen an den Versammlungen teilzunehmen. Die Absicht monatliche ganztägige BMVs abzuhalten, muss als Versuch interpretiert werden, Menschen, die den kapitalistischen Zwängen von Lohnarbeit unterliegen, vollständig von der innerparteilichen Willensbildung auszuschließen: Wer arbeitet und womöglich auch noch Kinder hat, wird nicht jeden Monat einen ganzen Tag opfern, um sich mit den immergleichen Beiträgen, beziehungsweise den Geschäfts- und Tagesordnungsänderungsdebatten der Liste Links zu beschäftigen. Dies deckt sich auch mit der inhaltlichen Vorstellung des Kulturmarxismus, der von der Liste Links angestrebt wird. Viele langjährige Mitglieder sind deshalb frustriert und erscheinen erst gar nicht mehr zu den Versammlungen.

3. Institutionen

Während im Neogramscianismus unter Institutionen zumeist internationale Regime wie die UN, die WTO oder der IMF (Internationaler Währungsfonds) verstanden werden, wird der Begriff in dieser Analyse für parteiinterne Positionen (Bezirksvorstand, Landesvorstand und Listenplätze verwendet). Wie die Wahl des Bezirksvorstandes zeigt, haben die Mitglieder von Liste Links ein hohes Interesse daran diese Positionen selbst oder mit Sympathisant:innen zu besetzen. Dies ist vor allem schädlich für die Partei, da sich Menschen, die Aspirationen besitzen

politische:r Vertreter:in zu werden, oder sich auf persönlichen Racheefeldzügen befinden auf die Liste Links einlassen müssen um dieses Ziel zu erreichen. Dieses Phänomen zieht sich durch jede Ebene der Fraktionen sowie des Landesverbandes. Als Konsequenz wird das Thema Liste Links und ihre kruden Methoden von denjenigen, die gewählt werden möchten, gemieden und totgeschwiegen.

Das hat zur Folge, dass die Liste Links trotz hochproblematischer Attribute ihren politischen Einfluss beibehält: Durch ihren Einfluss auf Parteigremien und Fraktionen werden Veranstaltungen ermöglicht, die bis auf die Mitglieder von Liste Links kaum jemanden interessieren (z.B. die „Wahlkampfveranstaltung“ zur Rüstungskonversion). Sie dienen vor allem dem Selbstzweck und wenn sich mal doch ein Neumitglied zu solch einer Veranstaltung verirrt, wird die Überzahlsituation ausgenutzt und direkt versucht für die eigenen Reihen zu rekrutieren. Außerdem muss die Liste Links dadurch nicht für Kosten von Technik oder Miete aufkommen, um ihre Propaganda zu verbreiten, wodurch wiederum mehr Kapazitäten für die Befreiung der Dauerstudierenden von den kapitalistischen Zwängen bereitstehen. Auch die Finanzierung des Universitätswahlkampfes trotz einer Wahlbeteiligung unter Studierenden von gerade einmal 6% durch den Landesvorstand ist ein Beispiel dessen, wie die Liste Links an Parteigelder kommt. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Finanzen des Bezirksverbandes in den nächsten beiden Jahren entwickeln. Außerdem vergrault die Liste Links durch ihre destruktive Diskussionskultur und ihr „Sitzfleisch“ Mitglieder, die sich in der Partei (z.B. LAGs) und ihrer Gremien engagieren wollen.

Dieser Artikel diene dem Zweck die Vielschichtigkeit des äußerst problematischen, strukturellen Problems mit Liste Links aufzuzeigen. Wie dargestellt wurde, ist die Vorgehensweise der Liste Links destruktiv und unterdrückend. Es gelang der Liste Links im Bezirksverband Mitte ohne zahlenmäßige Überlegenheit eine kulturelle Hegemonie zu erzeugen, die es ihnen erlaubt ihre Ideen zumeist ohne Widerspruch zu verbreiten, politische Vertreter:innen nach innen und außen von sich abhängig zu machen und ihre finanziellen Mittel aufzubessern. Es gab eine Zeit im Landesverband, zu der die Liste Links nicht toleriert wurde. Um dort wiederhinzukommen, braucht es eine Partei, die sich stark abgrenzt und einen Bezirk, der die kulturelle Hegemonie anfechtet. Die Hegemonie kann nur gebrochen werden, indem sie auf jeder Ebene herausgefordert wird.

Von Solidarität bis Sozialismus, ohne Sekte!

Patrick Walkowiak

DIE LINKE. impft ... in Billstedt



**DIE LINKE.
IMPFT!**

Wann: Samstag, 12. Februar
2022, von 11-14 Uhr

Wo: Syrisch-Orthodoxe
Gemeinde, Billstedter
Hauptstraße 90,
22117 Hamburg

Lange Zeit stand diese Veranstaltung auf der Kippe, nachdem schon in anderen Stadtteilen (Altona, Dulsberg und Eimsbüttel) diese Veranstaltung erfolgreich durchgeführt wurden. Nun sind die größten Hürden aus dem Weg geräumt und die Veranstaltung kann im sozialen Brennpunkt Billstedt stattfinden.

Es gibt in unserer Partei auch Genoss*innen die dieser Aktion kritisch gegenüber stehen. Ein beliebtes Argument: „Dies kann nicht die Aufgabe von **DIE LINKE.** sein, denn es ist Aufgabe des Staates.“ Mit diesem Einwand stellt man jegliches Engagement auf vielen Ebenen in Frage, wo dieser Staat seine Aufgaben nicht erfüllt. Hier kann man als Beispiele die Ar-

beit mit Obdachlosen, Drogenabhängigen, etc. anführen. Soll die Arbeit in unserer Partei auf diesen Gebieten eingestellt werden, weil das ja Aufgabe des Staates ist? Wenn unsere Partei die Möglichkeit hat, ein niederschwelliges Impfangebot anzubieten, dann sollte sie dies auch tun, denn jeder Piks verstärkt die Chance zur Normalisierung. Impfen ist Solidarität mit den am meisten Gefährdeten.

Es werden noch Helfer gesucht, die beim Plakatieren und Flyer verteilen mitmachen.

Bitte meldet Euch bei

Wolfgang Strauß

Wolfgang.strauss@die-linke-hamburg.de

Konstruktives Misstrauensvotum Art.67, 68 GG i.V.m. Art.97 Bundestagsgeschäftsordnung Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz/Übermaßverbot des Staates Art.20 III GG

Ab dem 01.01.2022 steigen die Steuersätze z.B. für Benzin um bis zu 10 Cent, weil wie immer die Allgemeinheit alle damit verbundenen Kosten tragen muss und die Inflationsrate weiter steigt und steigt. Das haben wir mit den Grünen zu verdanken, die vor 30 Jahren immer 5,-DM pro Liter Kraftstoff forderten. Damit wurde die Box der Pandora geöffnet. Gegen diese rot-grün-gelbe Koalition sollte über ein konstruktives Misstrauensvotum nach Art.67, 68 GG i.V.m. Art.67 Bundestagsgeschäftsordnung endlich wieder nachgedacht werden wie 1972 und zuletzt 1982. Vielleicht bestünde dann ja für die Linke endlich einmal die Möglichkeit an eine Regierungsbeteiligung zu kommen. Denn so gäbe es vielleicht endlich einmal wieder Neuwahlen. Die Probleme werden ja immer größer. Die Steuerlasten im Bereich der Verbrauchssteuern wie der Energiesteuer auf Kraftstoffe sind unverhältnismäßig und verstoßen gegen das Übermaßverbot/den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz aus Art.20 GG. Das sind untragbare Lebensverhältnisse für alle. Das gilt auch für die CO²-Abgabe und das Energiesteuergesetz. Bis 2025 steigt die Energiesteuer für Benzin um 15 Cent und für Diesel um 17 Cent jeweils pro Liter Kraftstoff. Die Energiesteuer (einst: Mineralölsteuer) pro Liter Kraftstoff, stellt eine Doppelbesteuerung zusammen mit der Mehrwertsteuer/Umsatzsteuer dar. Das Gesetz für die Kohlendioxidabgabe, welches in Vorbereitung ist, könnte sogar verfassungswidrig sein. Ein Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestags ergab dies 2021.

Zwar steht der Schutz der Umwelt als Staatsziel in der Präambel des Grundgesetzes, jedoch stellt diese keinerlei Rechtsquelle dar. Die Finanzverfassung ist als Rechtsquelle im Grundgesetz (GG) in den Art. 104 a bis 108 GG festgelegt. Fasst man den Begriff weiter – einschließlich der Bestimmungen über die Haushaltswirtschaft – zählen zur Finanzverfassung auch die Art. 109 bis 115 GG. Die F. regelt a) die zwischen Bund und Ländern geteilte Finanzhoheit sowie die Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, b) die Verteilung der Ausgabenlasten, c) die Gesetzgebungskompetenz in Steuerangelegenheiten, d) die Steuererträge, e) die Zuständigkeiten der Finanzverwaltung und Finanzgerichtsbarkeit und f) die 2009 neu verankerte Schuldenbremse (Art. 109 Abs. 3 GG/Art. 115 GG) für Bund und Länder. Die Koalition ver-

folgt als legitimen Zweck die Schaffung eines CO₂-Gesetzes.

1. Der legitime Zweck der Maßnahme hier der Ausarbeitung eines CO₂-Gesetzes ergibt sich nach Wortlaut, Auslegung, Systematik dieser CO₂-Abgabe. Die Legalität der CO₂-Abgabe durch die Gesetzgebung, ist an die Legitimität des Gesetzes gebunden.
2. Die Gesetzgebung kann jedoch auch Ziele verfolgen, die nicht im Grundgesetz erwähnt sind. Fraglich wäre, inwieweit eine solche CO₂-Abgabe im Widerspruch zum Grundgesetz steht. Der Staat bedient sich hierbei einer dreifachen Besteuerung auf Kraftstoffe.
3. Dieses Mittel wäre in der Form so nicht legal, da die Erfüllung des Mittels der CO₂-Abgabe ungeeignet ist. Als dreifache Besteuerung, als Mittel des Klimaschutzes ist es auf jeden Fall ungeeignet dann, wenn die Erfüllung des Zwecks hier des Klimaschutzes mit der Maßnahme einer CO₂-Abgabe objektiv unmöglich ist. Zudem ist die Maßnahme einer solchen CO₂-Abgabe unzureichend. Die geplante CO₂-Abgabe ist nachzubessern, in der Form, dass die Energiesteuer im Verhältnis zur CO₂-Abgabe gesenkt würde.
4. Das gewählte Mittel der CO₂-Abgabe ist nicht erforderlich, da es eine mildere Maßnahme wie hier der Absenkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe gäbe. Das Mittel einer CO₂-Abgabe auf Kraftstoffe ist unangemessen, da der beabsichtigte Zweck des Klimaschutzes in Form einer dreifachen Besteuerung von Kraftstoffen als Zweck außer Verhältnis zu der Schwere des Eingriffs in Form von dreifacher Besteuerung von Kraftstoffen steht.

Wohlstand und auskömmliche Lebensverhältnisse für alle sind höher zu gewichten als die Maßnahme einer CO₂-Abgabe für alle im engeren Sinne in Form einer dreifachen Besteuerung von Kraftstoffen stufenweise bis 2025. Die CO₂-Abgabe hat keinen legitimen Zweck und ist nicht geeignet und nicht erforderlich und unangemessen in der beabsichtigten Form.

Roberto Perez Hagen

Nur mal eine Frage: Wer sollte denn bei dem konstruktiven Misstrauensvotum erfolgreich kandidieren? Friedrich Merz? Genosse Bartsch? Wolfgang Kubicki als Freund aller Kraftfahrer? Ganz davon abgesehen gibt es so wenig ein Recht auf billigen Sprit wie auf einen Parkplatz im öffentlichen Raum. -red

Termine in (und für) Mitte

Immer freitags, 17 bis 18 Uhr

Mahnwache für den Gedenkort Stadthaus
Stadthausbrücke

Dienstag, 01.02., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
online

Sonntag; 06.02., 15 Uhr

Trauerfeier für Tilman Rosenau
Alevitische Gemeinde, Nobistor 33

Donnerstag, 10.02., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
Büro Billstedter Hauptstraße 76
(Auf Einladung Mehmet Yildiz)

Montag, 14.02., 16:30 Uhr

Treffen der **AG SeniorInnenpolitik**
Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9

Dienstag, 15.02., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
online

Mittwoch, 16.02., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
LAB, Hansaplatz 10

Mittwoch, 16.02., 19:00 Uhr

Treffen der **BO Hamm, Horn, Borgfelde**
Büro Borgfelder Straße 83

Donnerstag, 17.02., 17:30 Uhr

Öffentliche **Sitzung der Bezirksversammlung**
Passage, Caffamacherreihe 1-3, (auch digital)

März 2022

Dienstag, 01.03., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
online

Donnerstag, 10.03., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
Büro Billstedter Hauptstraße 76
(Auf Einladung Mehmet Yildiz)

Montag, 14.03., 16:30 Uhr

Treffen der **AG SeniorInnenpolitik**
Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9

Dienstag, 15.03., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
online

Mittwoch, 16.03. 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
GW, Hansaplatz 9 (??)

Mittwoch, 16.03., 19:00 Uhr

Treffen der **BO Hamm, Horn, Borgfelde**
Büro Borgfelder Straße 83
Die **Finkenlinke** trifft sich nach Absprache.
Kontakt: Kerstin Fremder-Sauerbeck
fremdes@gmx.de

Regelmäßig Montag und Donnerstag, jeweils
von 13 bis 15 Uhr:
Sozialberatung im Abgeordnetenbüro Mehmet
Yildiz, Billstedter Hauptstraße 76

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der
Partei: www.die-linke-hamburg.de

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Telefon

Mail

Nilüfer Aydin		
Alexander Benthin		
Andrea Bronner		
Kerstin Fremder-Sauerbeck		
Andreas Grünwald (Schatzmeister)		
Ruben Hittmeyer		
Jörg Otto		
Norbert Weber		
Petra Zepter		
Gesamtvorstand		info@die-linke-hamburg-mitte.de
Facebook	https://www.facebook.com/Die-LINKEHamburg-Mitte-1107783932672025/	
Im Netz:	http://www.die-linke-hamburg-mitte.de	
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteN Mang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de

Spendenkonto DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX

Die Geschlagenen von heute werden die Sieger von morgen sein.

(Karl Liebkecht)

Trauerfeier für Tilman Rosenau



Zur Erinnerung an Tilman Rosenau veranstaltet der Bezirksverband DIE LINKE Hamburg-Mitte zusammen mit Genoss:innen aus der AKL und KPF am

Sonntag, den 6. Februar 2022, ab 15:00 Uhr

in der Alevitischen Gemeinde Hamburg (Nobistor 33) eine Gedenkveranstaltung.

Lasst uns gemeinsam von Tilman Abschied nehmen.

Hinweis: Die Trauerfeier findet unter 3-G-Bedingungen statt.

Bezirksverband DIE LINKE Hamburg-Mitte, Borgfelder Str. 83, 20537 Hamburg